



Geschäftsführung Ausschuss Schule und Weiterbildung

Herr Bernecker

Telefon: (0221) 221-29251

Fax: (0221) 221-29241

E-Mail: hans-michael.bernecker@stadt-koeln.de

Datum: 09.10.2017

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung** in der Wahlperiode 2014/2020 am Donnerstag, dem 05.10.2017, 16:00 Uhr bis 19.05 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. Nils Helge Schlieben	CDU
Herr Franz Philippi	SPD
Frau Birgitta Nessler-Komp	CDU
Frau Inge Halberstadt-Kausch	SPD
Herr Bürgermeister Dr. Ralf Heinen	SPD
Frau Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes	SPD
Frau Anneliese Hauser	CDU
Frau Ulrike Kessing	GRÜNE
Herr Horst Thelen	GRÜNE
Herr Gerhard Brust	GRÜNE
Herr Heiner Kockerbeck	DIE LINKE
Frau Stefanie Ruffen	FDP

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Stephan Pohl	CDU
-------------------	-----

Beratende Mitglieder

Herr Alexander Kau	auf Vorschlag der Alternative für Deutschland
Frau Lisa Hanna Gerlach	parteilos
Frau Ebru Coban	Integrationsrat
Frau Annette Kellinghaus-Klingberg	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Frau Hildegard Fuhrmann	auf Vorschlag der SPD
Frau Dagmar Naegele	auf Vorschlag der SPD
Frau Dr. Cornelia Herbers-Rauhut	auf Vorschlag der CDU
Herr Dr. Klaus Zimmermann	auf Vorschlag der CDU

Frau Bärbel Hölzing	auf Vorschlag der Grünen
Herr Gerson Wirth	auf Vorschlag der Grünen
Herr Oswald Pannes	auf Vorschlag der Linken
Frau Sarah Niknamtavin	BezirksschülerInnenvertretung Köln
Frau Stefanie Esser	Katholische Kirche
Herr Reinhold Goss	Stadtschulpflegschaft Köln
Frau Beate Grashof	Evangelische Kirche

Verwaltung

Frau Beigeordnete Dr. Agnes Klein

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Herr Dr. Walter Gutzeit	CDU
Herr Bodo Busch	Arbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender
Herr Martin Roth	auf Vorschlag der SPD
Frau Angelika Riedel	auf Vorschlag der CDU
Frau Maria Katharina Westphal	auf Vorschlag der FDP

Vor Eintritt in die Tagesordnung spricht ein Vertreter der Honorarkräfte an Volkshochschule und Musikschule und fordert für die Honorarkräfte Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Elternzeit und eine tarifliche Bezahlung vergleichbar zum Lehrpersonal an Schulen ein.

Anschließend weist Frau Schmiede, Elternvertretung der Gemeinschaftsgrundschule Loreleystraße, auf die Dringlichkeit der Erhöhung des Budgets für die Reinigung an Schulen hin.

Die Verwaltung teilt mit, dass der Flyer zur zweiten Runde der Stadtgespräche „Kölner Perspektiven 2030“ ausgelegt wurde.

Frau Kessing, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, ist künftig als Ratsmitglied stimmberechtigt.

Frau Gerlach nimmt als parteilose sachkundige Einwohnerin an den Ausschusssitzungen teil.

Zur Tagesordnung

Unter TOP 2.1 bis TOP 2.3 wurden 3 Dringlichkeitsanträge als Tischvorlagen gestellt.

Herr Dr. Schlieben schlägt vor, die ähnlichen Anträge unter TOP 2.1 und 2.3 miteinander zu besprechen. Das Gremium ist damit einverstanden. Anschließend lässt er die **Dringlichkeit des Antrages unter TOP 2.2** diskutieren.

Herr Philippi, SPD-Fraktion, führt dazu aus, dass der Ausschuss vor der Verweisung in die Beratung des Haushalts einen deutlichen eigenen Beschluss fassen sollte.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, hält mit seiner Fraktion den Antrag nicht für dringlich, weil man bereits in der vorangegangenen Sitzung beschlossen habe, dass das Thema im Rahmen der Haushaltsplanberatungen diskutiert werden soll.

Frau Ruffen schließt sich dem für die FDP-Fraktion an. Die Finanzpolitiker der Parteien seien bereits entsprechend informiert.

Herr Kockerbeck, Fraktion DieLinke, sieht keinen Grund der gegen eine Zustimmung zu dem Antrag spricht.

Auch Frau Nessler-Komp, CDU-Fraktion, verneint die Dringlichkeit des Antrages.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen, SPD-Fraktion, weist darauf hin, dass in vergleichbaren Fällen aus anderen Bereichen der zuständige Fachausschuss Beschlüsse vor dem Haushalt gefasst hat. Der Ausschuss müsse mit einem positiven Votum ein Signal setzen, wie wichtig ihm das Thema sei.

Die **Dringlichkeit des Antrages unter TOP 2.2** wird mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Die Linke gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion **mehrheitlich abgelehnt**.

Außerdem wird die Tagesordnung ergänzt um

-die Antwort der Verwaltung auf eine frühere Anfrage unter TOP 3.1.1

(als Tischvorlage) und

-die Mitteilungen unter TOP 5.3 bis 5.4 (letztere als Tischvorlage).

Die entsprechend ergänzte Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Allgemeines

- 1.1 Verpflichtung sachkundiger Bürger oder Einwohner/innen
- 1.2 Gleichstellungsrelevante Themen
- 1.3 Bericht über den Stand der Schulbaumaßnahmen

2 Anträge gemäß § 3 und 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

- 2.1 Entwicklung neuer Gesamtschulen ermöglichen
Entwicklung einer Gesamtschule für den Stadtbezirk Lindenthal am Standort der Elsa-Brändström-Realschule
Stärkung der NRW-Sportschule
AN/1474/2017

*(zurückgestellt: 2.2 Reinigung in Schulen verbessern
AN/1475/2017)*

- 2.3 Realisierung einer 4-zügigen Gesamtschule am Standort der Elsa-Brändström-Realschule
AN/1464/2017

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

- 3.1 Frühere Anfragen
 - 3.1.1 Abgänge ohne Abschluss und Übergänge in die Sekundarstufe II
2989/2017
- 3.2 Neue Anfragen

4 Vorlagen der Verwaltung

5 Mitteilungen

- 5.1 Kölner Perspektiven 2030
2794/2017

- 5.2 AN/1266/2017 Reinigung in Schulen verbessern
2975/2017
- 5.3 Aktueller Sachstand zur Realisierung einer Gesamtschule am Standort der
Elsa-Brändström-Realschule, Berrenrather Straße in Sülz
2976/2017
- 5.4 Information zu vorgesehenen Zügigkeitserweiterungen der Brüder-Grimm-
Schule, GGS Sürther Hauptstraße in Köln-Sürth und der Albert-Schweitzer-
Schule, GGS Zum Hedelsberg in Köln-Weiß
3040/2017

6 Anfragen

7 Verschiedenes

II. Nichtöffentlicher Teil

8 Gleichstellungsrelevante Themen

9 Personalien

10 Vorlagen

11 Mitteilungen

12 Anfragen

- 12.1 Beantwortung der Anfrage AN/1242/2017 der Piraten nach
§4 Geschäftsordnung zum Sachstand der Inventarisierung an Schulen
2787/2017

13 Verschiedenes

- 13.1 Vorstellung neuer Schulleitungen

I. Öffentlicher Teil

1 Allgemeines

1.1 Verpflichtung sachkundiger Bürger oder Einwohner/innen

1.2 Gleichstellungsrelevante Themen

1.3 Bericht über den Stand der Schulbaumaßnahmen

Zur Sitzung lag kein aktueller Sachstandsbericht vor. Herr Dr. Schlieben erklärt, dass er sich mit der Dezernentin abgestimmt habe, dass als Anlage zur Niederschrift das Ergebnis der kommenden Sitzung des Aktionsbündnisses Schulbau vom 09.10.2017 vorgelegt werde (Anlage 1). Die Berichterstattung der darauffolgenden Sitzung werde im November vorgelegt.

Herr Kockerbeck, Fraktion DieLinke, hat erfahren, dass an der Lise-Meitner-Gesamtschule in Porz im Mai bekannt gegeben wurde, dass dort separate Inklusionsräume der Schülerfirma und für Migrantinnen- und Migrantenunterricht künftig nicht mehr nutzbar sind, weil aus Feuerschutzgründen ein Rückbau des Gebäudes erforderlich sei. Er bittet um Sachstandsmitteilung.

Herr Gräbener bestätigt, dass erweiterte Brandschutzmaßnahmen für die Sanierung eines Teils der Mensa erforderlich sind. Weil im Rahmen der Sanierung der Lüftungsanlage und des Bodens durch Bohrungen Gefahrstoffe freigesetzt wurden, mussten die Räume zunächst komplett gesperrt werden. Der Schule wurde empfohlen, den betroffenen Gruppen für die Dauer der Sanierung andere Räume für die Zusammenarbeit anzubieten.

Herr Kockerbeck fragt nach, ob die Räume der Schule durch den Rückbau künftig nicht mehr zur Verfügung stehen.

Herr Gräbener antwortet, dass nachträglich eingebaute Trennwände aus Brandschutzgründen ersatzlos entfernt werden müssen, sodass zwar die **Fläche** erhalten bleibt, an dieser Stelle aber weniger Räume zur Verfügung stehen, sodass man sich über eine andere Aufteilung der Raumnutzungen Gedanken machen muss. Er teilt mit, dass das Amt für Schulentwicklung zu dieser Frage mit der Lise Meitner Gesamtschule im Gespräch sei.

Frau Ruffen, sachkundige Bürgerin (FDP), möchte wissen, warum der Rohbau am Humboldt-Gymnasium stillsteht.

Frau Rinnenburger sagt eine Beantwortung als Anlage zum Protokoll zu (Anlage 2).

Herr Dr. Schlieben hat gehört, dass das Gymnasium in Widdersdorf nicht zum nächsten Jahr starten kann.

Frau Dr. Klein stellt klar, dass einem Start des Gymnasiums im kommenden Jahr nichts entgegensteht.

Außerdem hat Herr Dr. Schlieben in der Mitteilung zu TOP 5.4 gelesen, dass der Neubau der EMA „frühestens im Jahr 2022“ fertiggestellt werden soll und fragt, ob es dort zu Verzögerungen gekommen ist.

Frau Dr. Klein korrigiert, dass es „spätestens im Jahr 2022“ heißen muss. Der Zeitrahmen wurde zur Beschlussfassung im Rat am 04.04.2017 vorgelegt.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, teilt mit, dass den Eltern, die am neu zu gründenden Gymnasium Zusestraße und der Gesamtschule Wasseramselweg in Widdersdorf interessiert sind, bisher noch keine Konzepte vorgestellt wurden.

Frau Heuer erklärt, dass am kommenden Montag von der Bezirksregierung die kommissarische Schulleitung für den Wasseramselweg bekanntgegeben wird. Die 3 neuen Schulen wurden in die im Druck befindliche Informationsbroschüre über alle Schulen in Köln mit aufgenommen und für den Wasseramselweg wird ein Flyer erstellt. Im Herbst sind Infoabende geplant auf welchen die Konzepte vorgestellt werden, damit man die Kinder beim Bürgeramt in Lindenthal rechtzeitig anmelden kann.

2 Anträge gemäß § 3 und 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

2.1 Entwicklung neuer Gesamtschulen ermöglichen Entwicklung einer Gesamtschule für den Stadtbezirk Lindenthal am Standort der Elsa-Brändström-Realschule Stärkung der NRW-Sportschule AN/1474/2017

und

2.3 Realisierung einer 4-zügigen Gesamtschule am Standort der Elsa-Brändström-Realschule AN/1464/2017

Auf Anregung von Herrn Dr. Schlieben werden die beiden Dringlichkeitsanträge gemeinsam besprochen.

Herr Philippi, SPD-Fraktion, bezieht sich auf die Diskussionen der vorangegangenen Sitzung und auf die Ablehnung der Gründung einer Gesamtschule durch das Schulministerium, weil die formelle Voraussetzung der Vierzügigkeit nicht vorliegt. Die rechtliche Einschränkung sei aus pädagogischen Gründen nachvollziehbar, doch müsse man vor dem Hintergrund von 700 bis 800 Ablehnungen an Kölner Gesamtschulen bei einem Ballungsraum wie der Großstadt Köln und bei der besonderen Situation in Lindenthal Ausnahmeregelungen als Übergangslösung zulassen. Die Ausnahme sei zeitlich begrenzt erforderlich, weil der Zustand sich schnell ändern werde und mindestens eine Vierzügigkeit nach kurzer Anfangszeit erreicht werden könne. Gerade die Schulministerin Frau Gebauer, welche lange Zeit Mitglied des Kölner Ausschusses für Schule und Weiterbildung war, müsse dafür Verständnis haben, weil sie die besondere Situation in Köln persönlich kenne. Deshalb sei seiner Fraktion der Punkt 1 aus dem Dringlichkeitsantrag zu TOP 2.1 sehr wichtig. Punkt 2 habe weitgehende Parallelen zum Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion unter TOP 2.3 und habe das Ziel, die Vierzügigkeit möglichst bald zu erreichen durch Gespräche mit der Theodor-Heuss-Realschule und Prüfung der baulichen Optionen an der Elsa-Brändström-Realschule. Seine Fraktion sei offen für Optimierungen der Formulierungen unter Punkt 2.

Auch Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, sieht Ähnlichkeiten bei beiden Anträgen. Der Appell an die Landesregierung aus dem Antrag der SPD-Fraktion und der Gruppe Piraten unter Hinweis auf die Übergangszeit, damit die Gesamtschule in Betrieb gehen kann, sei bei seiner Fraktion konsensfähig und sei notwendig. Seine Fraktion will nach Möglichkeit eine freiwillige Entscheidung der Theodor-Heuss-Realschule zur Umwandlung erreichen. Da die Erstanmeldungen an der Theodor-Heuss-Realschule mit 40% unter der Kapazität liegen, könnte es aus Gründen der Schulentwicklungsplanung erforderlich sein, gegen einen anderslautenden Schulkonferenzbeschluss zu entscheiden. Er schlägt vor, Punkt 1 aus dem Antrag zu TOP 2.1 zu übernehmen und die beiden Sätze des Antrages zu TOP 2.3 als Punkte 2 und 3 zu beschließen. Mehr als 4 Züge seien im Hinblick auf den vorhandenen Platz vor Ort kaum denkbar.

Frau Nesseler-Komp, CDU-Fraktion, ist mit dem Vorschlag von Herrn Thelen einverstanden, will aber im Rahmen der weiteren Gespräche keinen Zwang auf die Theodor-Heuss-Realschule ausüben.

Frau Ruffen, sachkundige Bürgerin (FDP), will nach Möglichkeit direkt einen Start der Gesamtschule mit 4 Zügen erreichen.

Auch Herr Kockerbeck, Fraktion DieLinke, hält den Appell an die Landesregierung vor dem Hintergrund des Schulbaunotstandes in Köln für wichtig. Seine Fraktion könne sich dem geänderten Beschlussvorschlag von Herrn Thelen anschließen. Der Schulträger müsse eine Verweigerung von Schulen nicht akzeptieren, doch sei die Umsetzung der Umwandlung in eine Gesamtschule nur durch Zusammenarbeit mit der Schule denkbar.

Herr Dr. Zimmermann, sachkundiger Einwohner (CDU), bedauert, dass in Lindenthal Realschulen aufgelöst werden, da in Lindenthal dann weder eine Haupt- noch eine Realschule vorhanden sind. Würde man beide Realschulen zusammenlegen, so gäbe es genügend Schülerinnen und Schüler für eine gut funktionierende Realschule. Mit der neuen Schulleitung an der Theodor-Heuss-Realschule bestehe die Hoffnung, dass die Anmeldezahlen wieder steigen. Auch durch Rückschulungen von Gymnasien seien Plätze an Realschulen in Lindenthal erforderlich. Deshalb appelliert er für den Erhalt der Theodor-Heuss-Realschule.

Herr Philippi stimmt für seine Fraktion dem geänderten zusammenfassenden Beschlussvorschlag von Herrn Thelen zu.

Herr Dr. Schlieben schlägt ergänzend vor, dass man die freundlichere Formulierung „Der Schulausschuss bittet die Landesregierung mit Nachdruck“ verwendet und stellt den so geänderten zusammengefassten Beschluss als gemeinsamen Antrag aller Fraktionen zur Abstimmung.

Herr Thelen hat gegen diesen Vorschlag keine Einwände. Er bittet die Verwaltung, der Presse die Jahresberichte aus 2016 und 2017 des Amtes für Schulentwicklung zur Veröffentlichung zur Verfügung zu stellen, da die Öffentlichkeit nur unzureichend über die Schulentwicklung informiert ist.

Frau Dr. Klein entgegnet, dass die Verwaltung keinen Einfluss auf die Berichterstattung in der Presse hat. Man werde den Antrag der Fraktionen aktiv aufnehmen und die Gespräche mit der Schulaufsicht suchen und die Landtagsabgeordneten über die besondere Situation in Köln informieren. Auch die Gespräche mit der Theodor-Heuss-

Realschule werde man intensiv fortführen. Die baulichen Möglichkeiten auf dem Grundstück werde man gemeinsam mit der Bezirksvertretung in Lindenthal parallel prüfen. Zur Erweiterung sei ein Eingriff in den Grüngürtel unverzichtbar. Da schon bald die Anmeldeverfahren beginnen ist Eile geboten, weil unklare Verhältnisse erneut zu rückgehenden Anmeldezahlen bei den existierenden Realschulen führen könnten.

Herr Dr. Schlieben schlägt vor, vor der Novembersitzung in einem interfraktionellen Gespräch zu prüfen, was noch umsetzbar ist und wo in Sülz die Schwerpunkte gesetzt werden sollten.

Frau Bürgermeisterin Scho-Antwerpes, SPD-Fraktion, schlägt vor, das Gebäude der Russischen Föderation auf der anderen Straßenseite mit in die Betrachtungen einzuschließen.

Frau Dr. Klein erinnert daran, dass die problematische Eigentümersituation juristisch kaum zu klären ist, weil dort das internationale Privatrecht Anwendung findet.

Geänderter zusammengefasster Beschluss:

1. Der Schulausschuss bittet die Landesregierung mit Nachdruck, die Voraussetzungen zu schaffen, um zur Weiterentwicklung des Schulstandortes der Elsa-Brändström-Realschule zumindest übergangsweise eine dreizügige Gesamtschule zu genehmigen. Die Kölner Landtagsabgeordneten werden gebeten, dies zu unterstützen
2. Die Verwaltung wird beauftragt darzustellen, unter welchen Voraussetzungen an dem Standort Elsa-Brändström-Realschule eine 4-zügige Gesamtschule realisiert werden kann.
3. Weiterhin bekräftigt der Schulausschuss seine Bitte aus der Sitzung vom 11.09.2017, dass die Verwaltung weitere Gespräche mit der Theodor-Heuss-Schule führt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1 Frühere Anfragen

3.1.1 Abgänge ohne Abschluss und Übergänge in die Sekundarstufe II 2989/2017

Herr Kockerbeck, Fraktion DieLinke, bedankt sich für die ausführliche Antwort der Verwaltung und weist darauf hin, dass es nur scheinbar genauso viele Aufschulungen wie Abschlüssen gibt. Bei genauerem Hinsehen stehen 277 Schülerinnen und Schülern, die von den Gymnasien auf Haupt- und Realschulen abgeschult wurden nur 32 aufgeschulten Schülerinnen und Schülern gegenüber. Die Durchlässigkeit in der Sekundarstufe I besteht somit überwiegend als Abschulung. Eine individuelle Förderung von aufgenommenen Schülerinnen und Schülern findet im dreigliedrigen Schulsystem für Herrn Kockerbeck nicht statt.

Frau Ruffen, sachkundige Bürgerin (FDP), hält die Forderung an Gymnasien, jedes von Real- oder Hauptschule aufgeschulte Kind bis zur 10.Klasse individuell zu fördern, für den versteckten Wunsch einer Umwandlung der Gymnasien in Gesamtschulen und zur Auflösung der Schulformen. Vielmehr sollte man den Kindern nach der 4. Klasse Schulplätze anbieten, die ihren Fähigkeiten zum Stand der Umschulung entsprechen.

Herr Dr. Schlieben erinnert daran, dass es in Köln vorrangiges Ziel bleibt, unabhängig von Schulformen hinreichend Schulplätze zu schaffen, um sowohl den Willen der Schülerinnen und Schüler als auch den Willen der Eltern umsetzen zu können.

Frau Kellinghaus-Klingberg, Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik, hat in der SchülerOnline-Plattform versucht herauszufinden, wo ihre Förderschülerinnen und -schüler verbleiben. Dabei musste sie feststellen, dass viele besondere Maßnahmen für Förderkinder dort nicht aufgeführt sind. Bei über 10 Kindern wurde man nur über die Suche nach „Sonstiges“ fündig. Sie sieht dort einen dringenden Nachholbedarf in Bezug auf Inklusion.

Frau Heuer weist darauf hin, dass die Dateien nicht zentral gepflegt werden, sondern von anderen Institutionen.

Herr Kockerbeck korrigiert ein Dokument von Frau Ruffen, wonach die Gesamtschulen die Haupt- und Realschulen bei der Abschulung ersetzen sollen. In Nordrhein-Westfalen sei das rechtlich so nicht vorgesehen, da die Gesamtschulen nicht zum dreigliedrigen Schulsystem gehören und einen eigenen Bereich bilden. Es sei nicht Aufgabe der Gesamtschulen, von Gymnasien und Realschulen abgeschulte Schülerinnen und Schüler aufzunehmen. Nur so könnten sie ihre eigene Pädagogik entfalten.

Frau Ruffen erwidert, dass dann die Gesamtschulen auch keine Kinder auf Hauptschulen schicken dürften.

Herr Dr. Schlieben rechnet damit, dass ein hoher Prozentsatz der Gymnasien zu G9 zurückkehren wird.

Frau Ruffen schlägt vor, dass man sich von städtischer Seite Angebote an Schulen zur Verbesserung der örtlichen Situation überlegen sollte, damit sie bei G8 bleiben, damit nicht noch mehr Schulplätze zu schaffen sind.

Herr Dr. Schlieben schlägt vor, zunächst die rechtlichen Rahmenbedingungen abzuwarten.

Die Antwort der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

3.2 Neue Anfragen

Neue Anfragen lagen nicht vor.

4 Vorlagen der Verwaltung

Vorlagen der Verwaltung lagen nicht vor.

5 Mitteilungen

5.1 Kölner Perspektiven 2030 2794/2017

Herr Bürgermeister Dr. Heinen, SPD-Fraktion, sieht Kölner Perspektiven 2030 als Querschnittsaufgabe für alle Fachbereiche der Verwaltung an, kann die zentrale Aufgabe Bildung darin aber nur unzureichend abgebildet sehen. Es ist lediglich die Universität genannt, während man die vielen Kölner Bildungsinstitutionen nur schwach dargestellt hat.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

5.2 AN/1266/2017 Reinigung in Schulen verbessern 2975/2017

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

5.3 Aktueller Sachstand zur Realisierung einer Gesamtschule am Standort der Elsa-Brändström-Realschule, Berrenrather Straße in Sülz 2976/2017

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

5.4 Information zu vorgesehenen Zügigkeitserweiterungen der Brüder-Grimm-Schule, GGS Sürther Hauptstraße in Köln-Sürth und der Albert-Schweitzer-Schule, GGS Zum Hedelsberg in Köln-Weiß 3040/2017

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

6 Anfragen

Herr Dr. Zimmermann, sachkundiger Einwohner (CDU), erklärt, dass in Köln die **Kosten für Klassen- und Kursfahrten bedürftiger Schülerinnen und Schüler** in der Regel von der Stadt übernommen werden. Um Missbrauch zu vermeiden, werden die für die Fahrten angesetzten Geldbeträge dabei auf die Privatkonten der Lehrkräfte überwiesen. Viele Lehrkräfte lehnen eine solche Verrechnung öffentlicher Mittel über ihre privaten Konten aus nachvollziehbaren Gründen ab. Er fragt:

1. Ist der Verwaltung das Problem bekannt?
2. Sieht die Verwaltung eine Lösung, etwa eine Überweisung auf die Schulgirokonten?
3. Ist bisher geregelt, auf welches Konto möglich Rückzahlungen überwiesen werden?

Frau Heuer erklärt, dass es sich um ein scheinbar unlösbares Problem handelt, weil eine Überweisung auf die Schulgirokonten von der Kämmerei verboten ist. Es wurde vorgeschlagen, alle Klassenfahrten zentral von der Verwaltung zu organisieren, was nicht möglich ist. Eine Überweisung auf die Privatkonten der Lehrkräfte ist ebenfalls nicht zulässig.

Herr Dr. Zimmermann erwidert, dass es aber gängige Praxis sei.

Frau Heuer sagt zu, die Frage zu klären.

Frau Naegele, sachkundige Einwohnerin (SPD), schlägt vor, dass Herr Dr. Zimmermann bei der Bezirksregierung nachfragt. Es gebe die rechtlich zulässige Möglichkeit zur Bildung sogenannter „Transferkonten“.

Frau Ruffen, sachkundige Bürgerin (FDP), fragt nach, wie Rückzahlungen abzuwickeln sind. Bei politischen Bildungsfahrten auf Einladung des Bundestages gibt es nachträgliche Erstattungen in bar. Muss die städtische Förderung dann zurückgezahlt werden?

Außerdem fragt **Frau Ruffen, sachkundige Bürgerin (FDP)**, nach dem **Sachstand zu „Gute Schule 2020“**: Wann werden die eingereichten und geprüften Medienkonzepte umgesetzt? Am Humboldt-Gymnasium wurden vor 2 Jahren 50 Medienecken bestellt und vor kurzem 50 Lautsprecher geliefert. Diese müssen nun gelagert werden bis der Rest der Medienecken geliefert ist.

Herr Dr. Schlieben ergänzt, dass er gehört habe, die Stadt habe die Mittel für „Gute Schule 2020“ nicht abgerufen. Er fragt, ob man -falls alle Gelder abgerufen wurden- darüber hinaus von anderen Kommunen nicht angeforderte Gelder bekommen könne.

Frau Heuer antwortet, dass das Geld abgerufen und zum Teil schon ausgegeben wurde. Aktuell erfolgen die bewilligten Stellenbesetzungen, die auch ein Berichtswesen umfassen, das in absehbarer Zeit Berichte zur Verfügung stellen wird. Beim Programm „Gute Schule 2020“ ist ein Zugriff auf nicht abgerufene Kontingente Dritter nicht zulässig.

Herr Goss, Stadtschulpflegschaft, fragt nach den **graphisch-technischen Rechnern** für die Oberstufe: Die Taschenrechner wurden in der Vergangenheit von den Anbietern zu einem sozialverträglichen Preis verkauft. Neuerdings kosten die Geräte um 100 Euro. Ist dafür -zumindest bei sozial schwächeren Familien- eine Erstattung vorgesehen und durch wen?

Frau Dr. Klein antwortet, dass der Schulträger nicht zuständig ist.

Herr Goss erwidert, dass die Eltern fordern könnten, dass ihre Kinder mit den Geräten auszustatten sind, wenn sie von der Schule gefordert werden. Mittlerweile müsse man zunächst in der 7.Klasse einen Taschenrechner für rund 17 Euro kaufen und später ein Gerät zum Preis von rund 100 Euro, das im Gesetz so gar nicht vorgesehen sei.

Frau Hauser, sachkundige Bürgerin (CDU), regt an, dass bedürftige Eltern sich an die Fördervereine der Schulen wenden können, wenn sie mit der Finanzierung schulnotwendiger Projekte Probleme haben.

7 Verschiedenes

Köln, den 17.10.2017

Dr. Schlieben

Vorsitzender

Bernecker

Schriftführer

Anlage 1: Ergebnis der Sitzung des Aktionsbündnisses Schulbau vom 09.10.2017
(zu TOP 1.3)

Anlage 2: Sachstand zum Rohbau des Humboldt-Gymnasiums (zu TOP 1.3)